

# Kommunaler Klimaschutz

*Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.9.2007*

## Einleitung

Klimaschutzpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie eine breite Unterstützung durch alle Bürgerinnen und Bürger, ob als Konsumenten, Gewerbetreibende, Verkehrsteilnehmer, Mieter oder Immobilienbesitzer, erfährt. Das Angstszenario einer drohenden Klimakatastrophe ist nicht geeignet, einen derartigen Konsens in der Gesellschaft und deren Verantwortungsträgern zu erzielen. Zu geläufig ist das sich ständig wiederholende Muster von Politik, derlei düstere Visionen mit der Erhöhung von Steuern und Abgaben, mit Reglementierungen und Bürokratie bis hin zu gesetzlichen Verboten zu beantworten. So mag es dann zwar immer einige Überzeugte geben, die mit Verzicht- und Verbotspredigten höhere Stufen moralischen Handelns propagieren. Der Großteil der Bevölkerung wendet sich aber ab, zeigt Desinteresse oder bejaht zwar die Notwendig von Klimaschutz, vermutet die Verantwortung dafür aber überwiegend bei anderen.

*Die FDP Stuttgart ist überzeugt: Wenn Klimaschutzpolitik wirksame Ergebnisse liefern soll, ist Angst ein schlechter Ratgeber. Klimaschutzpolitik muss und kann motivierend wirken - wenn durch sinnvolle und realistische Konzepte der Mehrwert für Lebensqualität und Wohlstand verdeutlicht wird.*

Kommunale Politik kann hierfür einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch effizienteren Einsatz fossiler Energieträger und die Ausweitung der Nutzung regenerativer Energien senkt die Abhängigkeit und den Bedarf von Rohstoffimporten. Maßnahmen hierfür haben einen durchweg positiven Effekt auf den Geldfluß: Aus regionaler oder kommunaler Sicht ist es erheblich wünschenswerter, wenn das Geld der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger nicht den Rohstofflieferanten aus dem fernen Ausland zufließt, sondern dem regionalen Mittelstand und Handwerk. Das Vorantreiben von energetischen Sanierungsmaßnahmen und der Ausbau regenerativer Energien ist deshalb ein wichtiger Beitrag zur Förderung der regionalen Wirtschaft.

Ein attraktiver ÖPNV, wärmetechnisch optimal gestaltete Wohnräume und Arbeitsplätze, eine mit reichlich Bäumen begrünte Innenstadt, weniger Staus dank umsichtiger Verkehrsplanung und viele andere Maßnahmen mehr leisten nicht nur einen Beitrag zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, sie erhöhen auch die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts. Sinnvolle Klimaschutzpolitik geht einher mit einer Steigerung der Attraktivität der Stadt als Wohn-, Freizeit- und Arbeitsumfeld.

# Energieversorgung und Energieeffizienz

## Flächenmanagement für Photovoltaikanlagen

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bietet insbesondere für Investitionen in Photovoltaikanlagen eine sichere Refinanzierung. Sogenannte Contracting-Unternehmen übernehmen deshalb die gesamte Finanzierung, den Aufbau und die Wartung für Photovoltaikanlagen. Diese Unternehmen, aber auch Einzelpersonen, suchen geeignete Aufstellflächen und zahlen dem Eigentümer der Aufstellfläche eine Pacht. Auf der anderen Seite bleiben bislang zahlreiche große und auch geeignete Dachflächen in Stuttgart, ob bei kommunalen Liegenschaften, Bürogebäuden oder Dächern von Industrieanlagen, ungenutzt.

*Die FDP Stuttgart fordert deshalb die Einrichtung eines aktiven Flächenmanagements durch die Stadt, mit dem wie in einer Art Börse die Eigentümer geeigneter Flächen mit den Investoren in Solaranlagen zusammengeführt werden.*

Dazu gehört auch die Beratung über die Eignung von Dachflächen, sowie die Klärung baurechtlicher Rahmenbedingungen. Wo örtliche Bauvorschriften der Installation von Photovoltaikanlagen entgegenstehen, sind diese neu zu fassen.

## Stadtinternes Contracting

Seit 1995 finanziert das Amt für Umweltschutz wirtschaftliche Maßnahmen zur Energieeinsparung in städtischen Ämtern und Eigenbetrieben aus einem vom Gemeinderat bereitgestellten Fonds vor. Die eingesparten Energiekosten fließen solange in diesen Fonds zurück, bis die Investitionssumme ausgeglichen ist. Dieses stadtinterne Contracting mit der etablierten Bezeichnung "Intracting", hat sich als erfolgreiches Instrument zur Finanzierung und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen bei kommunalen Liegenschaften entwickelt. Weil im allgemeinen die jeweils wirtschaftlichsten Maßnahmen zuerst umgesetzt worden sind bzw. werden, verlängert sich zwangsläufig bei zukünftigen Projekten die Kapitalrückflusszeit. Um auch künftig Investitionen in Energiesparmaßnahmen und den Einsatz regenerativer Energien tätigen zu können, bedarf es der Sicherstellung und Stärkung dieses Finanzierungsinstrumentes.

*Die FDP Stuttgart fordert daher die sowohl Aufstockung des Intracting-Fonds aus Haushaltsmitteln, sowie den dauerhaften Rückfluß der eingesparten Energiekosten in diesen Fonds auch über den Ausgleich der jeweiligen Investitionssumme hinaus.*

Durch den langfristigen Verbleib der eingesetzten Mittel im Kreislauf aus Investition und Kosteneinsparung wird nachhaltig die Finanzierung von innovativer Spitzentechnik ermöglicht.

## Kraft-Wärme-Kopplung und regenerative Energien

Die effizientere Nutzung fossiler Brennstoffe durch Kraft-Wärme-Kopplung bietet großes Potential zur Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu einem verhältnismäßig günstigem Preis. Die zu erzielenden Einsparungen machen Investitionen in diese bewährte Technologie in vergleichsweise kurzer Frist rentabel. Gerade im Bereich kommunaler Einrichtungen wie Hallenbädern, Krankenhäusern, Altenheimen etc. bietet sich die Nutzung von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung an. Darüber hinaus können in vielen Fällen z.B. solar- und geothermische Anlagen einen wirtschaftlichen Beitrag zur Bereitstellung von Heizenergie leisten.

*Die FDP Stuttgart befürwortet die Errichtung weiterer Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, der Wärmerückgewinnung und der Nutzung regenerativer Energien wie Solarthermie, Geothermie oder auch Wasserkraft, wo immer dies wirtschaftlich sinnvoll ist.*

Im Rahmen von Modellprojekten und in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen soll und kann die Stadt Stuttgart auch jenseits wirtschaftlicher Überlegungen einen Beitrag zur Evaluierung des Potentials regenerativer Energien leisten.

### **Benchmarking für kommunale und private Liegenschaften**

Die Stadt Stuttgart hat in der Vergangenheit bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, durch Gebäudesanierung, Energiemanagement und Erneuerung technischer Anlagen den Energieverbrauch und damit die CO<sub>2</sub>-Emission bei kommunalen Liegenschaften zu senken. Bislang mangelt es aber an einer transparenten Darstellung der Energiesparerfolge, die einen klaren, nachvollziehbaren Einblick in die Höhe der getätigten Investitionen und die damit erreichten bzw. erreichbaren Einsparungen, insbesondere bei den Energiekosten, liefert.

*Die FDP Stuttgart fordert die Einrichtung eines Benchmark-Systems zur Evaluierung und transparenten Darstellung der Ergebnisse von Energiesparmaßnahmen bei kommunalen Liegenschaften.*

Ein entsprechendes Benchmarking kann die Vorbildwirkung städtischer Aktivitäten wirkungsvoll erhöhen: Sowohl private als auch gewerbliche Interessenten können mit Hilfe solcher Benchmark-Ergebnisse eigene Einsparpotentiale einschätzen und finden damit einen geeigneten Einstiegspunkt für eigene Maßnahmen.

*Die FDP Stuttgart fordert darüberhinaus den Aufbau eines kommunalen Berichtssystems, welches zuverlässige Auskunft darüber gibt, wieviele Immobilien im privaten Besitz bereits die EnEV-Anforderungen erreichen und wieviele noch energetisch zu sanieren sind. Die Kosten trägt die Stadt.*

### **Mietspiegel: Differenzierung nach wärmetechnischer Beschaffenheit**

Bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeinsparung im frei finanzierten Mietwohnungsbau besteht das Problem des Nutzer-Investor-Dilemmas: Von Investitionen des Eigentümers profitiert primär der Mieter. Zwar ist die Umlage von Investitionskosten auf die Kaltmiete nach § 559 BGB prinzipiell möglich, durch die Beschränkung folgender Mieterhöhungen auf die ortsübliche Vergleichsmiete fehlt faktisch jedoch der Anreiz zu Investitionen in Energiesparmaßnahmen. Die Differenzierung nach der wärmetechnischen Beschaffenheit im örtlichen Mietspiegel kann innerhalb der bestehenden Mietgesetzgebung Abhilfe schaffen.

*Die FDP Stuttgart fordert deshalb die Ausweisung der wärmetechnischen Beschaffenheit von Wohnungen im örtlichen Mietspiegel.*

Eine Ausdifferenzierung nach wärmetechnischer Beschaffenheit führt zwar zunächst nur zu einem geringen Unterschied der örtlichen Vergleichsmiete, dieser wird aber, insbesondere in Kombination mit dem in § 559 BGB gewährten Spielraum, stetig wachsen. Damit steigt die Vergleichsmiete energetisch sanierter Wohnungen im Vergleich zu Wohnungen schlechter wärmetechnischer Beschaffenheit entlang der Zeitachse und Investitionen in Energiesparmaßnahmen werden rentabel. Für die Mieter bleibt die Maßnahme kostenneutral und daher sozial verträglich.

## **Ausbau der Energieberatungszentrale**

Ausgehend vom "Energietisch" im Amt für Umweltschutz wurde 1999 die Energieberatungszentrale (EBZ) als e.V. gegründet. Träger des Vereins sind neben der Landeshauptstadt u.a. die Handwerkskammer der Region Stuttgart, diverse Innungen, Mieterverein, Haus und Grund sowie Wohnbaugesellschaften. Eine wesentliche Aufgabe der EBZ besteht neben Öffentlichkeitsarbeit, Seminaren und Vorträgen in der Einzelberatung von Bürgern zum Thema Energieeinsparung und regenerativen Energien sowie der Durchführung von Energiediagnosen im Vorlauf von Sanierungsmaßnahmen. Um energetische Gebäudesanierungen in der Breite anzustoßen, bedarf es einer intensiven Aufklärung und Information der potentiellen Interessenten. Von entscheidender Bedeutung ist eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. Dafür bedarf es einer zentralen Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema Energie mit einem entsprechend hohen Bekanntheitsgrad. Die EBZ ist hierfür der geeignete Ausgangspunkt.

*Die FDP Stuttgart plädiert für den umfangreichen Ausbau der Energieberatungszentrale, die Ausweitung der materiellen Unterstützung durch die Stadt, sowie deren Engagement als Vereinsmitglied durch die Stabsstelle Wirtschaftsförderung.*

Mit der Einführung des Energiepasses für Nichtwohngebäude müssen in Zukunft vermehrt Anfragen aus dem gewerblichen Mittelstand einen Adressaten finden. Dabei sind gerade in diesem Bereich die Einsparpotentiale besonders hoch. Mit dem Ausbau der EBZ kann eine zentrale Anlaufstelle für einen breiten Adressatenkreis, privat oder gewerblich, installiert werden, die dann auch einen entsprechend hohen Bekanntheitsgrad erlangt.

## **Kommunales Energiesparprogramm**

Zur Aufnahme in die Regelförderung von Gebäudesanierungen durch das kommunale Energiesparprogramm der Stadt Stuttgart ist der Nachweis einer Energiediagnose (z.B. durch die EBZ) erforderlich. Die Kosten für die Energiediagnose werden zwar im Förderfall anerkannt, entstehen aber zu einem Zeitpunkt, an dem der Förderumfang und damit die Wirtschaftlichkeit eines Sanierungsvorhabens vom Betroffenen nur schwer abgeschätzt werden kann. Das damit verbundene Risiko schreckt viele Gebäudeeigentümer vor einer umfassenden Sanierung ab.

*Die FDP Stuttgart fordert daher die Bezuschussung der Energiediagnose durch die Energieberatungszentrale (EBZ) als eigenständigen Fördergegenstand im kommunalen Energiesparprogramm, unabhängig von einer tatsächlich durchgeführten Sanierung.*

Um energetische Sanierungen im Gebäudebestand in der Breite zu forcieren, bedarf es der Beseitigung von Einstiegshemmnissen. Die Förderrichtlinien sollten prinzipiell auch darauf ausgerichtet sein, mit niedrighem Angeboten die Anzahl an Sanierungsmaßnahmen zu vergrößern. Kleinere Einsparmengen an vielen Gebäuden sind genauso wichtig, wie große Energieeinsparungen in wenigen Fällen. Zudem ist die Kosten-Nutzen-Relation bei kleineren Maßnahmen häufig äußerst günstig.

# Verkehr

## Meilenstein Stuttgart 21

Neben der konsequenten Einbindung sowohl der Stuttgarter Innenstadt, als auch der Filderregion mit Messe und Flughafen in den europäischen Hochgeschwindigkeitsverkehr bedeutet der neue Fildertunnel eine erhebliche Verbesserung im regionalen Schienennetz. Damit leistet das Projekt Stuttgart 21 auch einen wesentlichen Beitrag zum umweltfreundlichen und klimaschonenden Regional- und Nahverkehr per Bahn.

*Die FDP Stuttgart begrüßt ausdrücklich die Vereinbarungen zu Stuttgart 21 zwischen Stadt, Land, Bund und Bahn als zukunftsweisende Weichenstellung für eine nachhaltige Stärkung der Bahn als attraktives Verkehrsmittel.*

Darüberhinaus bietet der Wegfall der oberirdischen Gleisanlagen im Innenstadtgebiet hervorragende Perspektiven für die Stadtentwicklung. Mit der Entstehung von zentrumsnahen Wohnungen kann Verkehr vermieden werden, was wiederum einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz bedeutet.

## Energieeffizienz im motorisierten Individualverkehr

Wo immer nach Stand der Technik auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe nicht verzichtet werden kann, kommt der effizienten Energienutzung eine entscheidende Rolle zu. Dies gilt auch für Kraftfahrzeuge. Autos, die im Stau stehen, haben einen schlechten Wirkungsgrad. Bauliche Maßnahmen, die dazu beitragen, Staugefahr zu vermeiden oder zu entschärfen, sind deshalb auch ein Beitrag zur Energieeinsparung und damit zum Klimaschutz.

*Die FDP Stuttgart lehnt Bestrebungen zur "Entschleunigung" des Autoverkehrs durch Inkaufnahme von Staus als ökonomisch und ökologisch unverantwortliche Politik ab. Allerdings werden Maßnahmen, die geeignet sind, den ÖPNV zu beschleunigen, auch zu Lasten des MIV, ausdrücklich befürwortet.*

*Die FDP Stuttgart fordert, daß die Integrierte Verkehrsleitzentrale in die Lage versetzt wird, durch geeignete Verkehrshinweisschilder verkehrssituationsbezogen stadteinwärts fahrenden Autofahrern die Nutzung von P+R-Parkhäusern und Parkplätzen zu empfehlen.*

Der Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr kann und darf nicht durch Drangsalierung von Autofahrern erzwungen werden, sondern muß durch eine gesteigerte Attraktivität des ÖPNV angeregt werden.

## VVS-Tarif für Vielfahrer

Wer für seine täglichen Fahrten z.B. vom Wohnort zum Arbeitsplatz günstige Verbindungen mit den Bahnen des VVS vorfindet, nutzt diese häufig auch. Zeitkarten wie Monats- oder Jahreskarten machen die tägliche Nutzung des ÖPNV auch finanziell attraktiv. Schwieriger ist die Situation für all diejenigen, für die sich die Anschaffung einer Zeitkarte nicht lohnt. Für diesen Personenkreis fehlt in der Tarifstruktur des VVS ein niedrigschwelligeres Angebot, bei passenden Gelegenheiten häufiger vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen. Zwischen Einzel- oder Vierertickets und Zeitkarten besteht eine Lücke im Angebot.

*Die FDP Stuttgart befürwortet die Einführung eines Tarifs, der Gelegenheitsfahrern einen Anreiz bietet, zu Vielfahrern zu werden.*

Ein Angebot ähnlich der Streifenkarte in München könnte eine sinnvolle Ergänzung darstellen: Ein günstiger Preis dank Mengenrabatt bei gleichzeitig begrenztem Gültigkeitszeitraum motiviert dazu, häufiger als bislang die öffentlichen Verkehrsmittel anstelle des eigenen Kfz zu nutzen.

### **Starkes Tandem: Fahrrad und Stadtbahn**

Neben einem attraktiverem ÖPNV ist eine vermehrte Nutzung von Fahrrädern ein durchaus sinnvolles Ziel kommunaler Verkehrspolitik. Insbesondere aufgrund der topographischen Besonderheiten Stuttgarts könnte in der Kombination von Fahrrad und Stadtbahn eine wirksame Verbesserung erzielt werden. Die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern ist derzeit auf die Zeiten außerhalb des Berufsverkehrs beschränkt. Bei hohen Fahrgastzahlen sind die Stadtbahnen in ihrer gegenwärtigen Ausführung auch nicht zur Mitnahme von Fahrrädern geeignet. Die Eingangsbereiche sind hierfür schlicht zu eng.

*Die FDP Stuttgart fordert die bessere Verzahnung von Fahrrad und Stadtbahn. Dazu gehören verbesserte Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder in der Stadtbahn und die bessere Verknüpfung von ÖPNV und Mietfahrradsystem, z.B. durch Aufbau von Fahrradverleistationen an Haltestellen (Vorbild Lyon). Die Nutzung ist durch entsprechende Marketingmaßnahmen zu forcieren.*

Zumindest auf den Linien, die mit Doppelzügen befahren werden, sollte die Einrichtung von Fahrradabteilen keine Probleme bereiten. Auf anderen Linien muss im Fall von Kapazitätsengpässen der Ausbau auf Doppelzüge angestrebt werden.

## **Stadtplanung und Stadtgestaltung**

### **Stadtnahes Wohnen**

Kurze Wege zu Arbeitsplatz, Dienstleistungen, Handel, Freizeitangeboten oder kulturellen Einrichtungen vermeiden Verkehr und bieten bessere Möglichkeiten zur Nutzung des ÖPNV. Die Förderung stadtnahen Wohnens, insbesondere des Wohnens in der Innenstadt, ist daher ein sinnvolles Ziel der Stadtentwicklung, auch im Hinblick auf die Vermeidung verkehrsbedingter CO<sub>2</sub>-Emissionen.

*Die FDP Stuttgart misst bei der Ausweisung neuer Baugebiete einer günstigen Lage zum ÖPNV allergrößte Bedeutung zu.*

Vor dem Hintergrund war und ist es ein verkehrs- und klimapolitischer Fehler, auf die Bebauung des Gebietes am Rohrer Weg zu verzichten.

### **Bäume für die Innenstadt**

Zwar ist die CO<sub>2</sub>-senkende Wirkung von Bäumen in der Stadt nicht unbedingt von ausschlaggebender Bedeutung für den globalen CO<sub>2</sub>-Haushalt. Aber sowohl für die lokale Luftqualität als auch als Schattenspender in den prognostizierten heißen Sommern spielt die ausreichende Bepflanzung der Innenstadt mit ausgewachsenen Bäumen eine wichtige Rolle im Rahmen der kommunalen Klimapolitik. Neugepflanzte Bäume entfalten ihre volle Wirkung hierfür aufgrund des langsamen Wachstums allerdings erst in einigen Jahrzehnten.

*Die FDP Stuttgart fordert die Erstellung eines "Baum-Masterplanes" (analog zum "Licht-Masterplan"), um eine verlässliche Perspektive für den künftigen Baumbestand zu schaffen und den Finanzierungsbedarf offenlegen.*

Haushaltsmittel, die vom Gemeinderat jetzt zur Neupflanzung bereitgestellt werden, sind in erster Linie Vorsorgeaufwendung für künftige Generationen. Der langfristige Erhalt und Erweiterung des Baumbestandes ist wichtige Aufgabe einer Stadtplanung, die sich auch künftigen Generationen verpflichtet fühlt.

### **Baurecht und vertragliche Vereinbarungen**

Nicht immer sind es die hohe Investitionskosten, die dem Einsatz energieeffizienter Systeme und der Nutzung regenerativer Energien im Weg stehen. Auch baurechtliche Vorschriften und vertragliche Vereinbarungen, an denen sie Stadt Stuttgart beteiligt ist, bedürfen einer Überprüfung.

*Die FDP Stuttgart fordert insbesondere die Aufhebung von Grunddienstbarkeiten oder Baulasten, die zur Nutzung von strombetriebenen Nachtspeicheröfen verpflichten.*

Künftige Vorschriften zur Gestaltung von Flachdächern sind so zu fassen, daß sie alternativ eine Dachbegrünung oder die Installation von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen vorsehen. Die Umsetzung planerischer Festsetzungen und städtebaulicher Verträge zu Wärmeschutzmaßnahmen und anderen klimarelevanten Auflagen sind wirkungsvoll zu kontrollieren.

## **Forschung und Bildung**

### **Wissen nutzen – Forschung fördern**

Mit zahlreichen Instituten der Universität Stuttgart und der Fraunhofer-Gesellschaft, sowie dem Solarenergie-Zentrum Stuttgart und dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung stehen herausragende Einrichtungen und Wissensressourcen für innovative Projekte zur Energieeinsparung und der Nutzung regenerativer Energien in Stuttgart zur Verfügung.

*Die FDP Stuttgart fordert bei städtischen Modellprojekten eine intensive Kooperation mit den ortsansässigen Instituten, sowie die Initiierung und Förderung von weiteren Forschungsvorhaben mit lokalem Bezug.*

Die erfolgreiche Umsetzung von innovativen Projekten zur Energieeinsparung oder der Nutzung regenerativer Energien trägt nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern stärkt auch die Rolle Stuttgarts als Standort für Wissenschaft und Spitzentechnologie.

### **Energiesparen und regenerative Energien als Bildungsthema**

Die Bildungsplanreform 2004 hat den Schulen erhebliche Freiräume bei der Gestaltung ihrer Lehrpläne geschaffen. Damit können Schulen eigene thematische Schwerpunkte bilden.

*Die FDP Stuttgart fordert die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien zum Thema Energiesparen und regenerative Energien durch das Amt für Umweltschutz, sowie die*

*Unterstützung von Stuttgarter Schulen, die dieses Thema als fächerübergreifenden Schwerpunkt aufgreifen wollen.*

Energiesparen und regenerative Energien als Bildungsthema umfasst neben der Vermittlung von naturwissenschaftlichen und technischen Kenntnissen auch die Bewusstseinsbildung für die Bedeutung und den Wert des "Rohstoffs" Energie. Darüberhinaus sorgen die Schülerinnen und Schüler als Multiplikatoren für eine Verbreitung ihrer Erkenntnisse auch weit über ihre eigene Altersstufe hinaus.

### **Sparen muss sich lohnen**

Das in den Jahren 2001 und 2002 durchgeführte Projekt LESS (Lukratives Energiesparen an Stuttgarter Schulen) belohnte die Schülerinnen und Schüler an den teilnehmenden Schulen für energiesparendes Verhalten dadurch, daß die eingesparten Kosten zum Teil an die Schule zurückgeflossen ist.

*Die FDP Stuttgart fordert die Wiederaufnahme dieses Projektes, sowie seine Ausdehnung auf weitere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, z.B. Kindergärten und Jugendhäuser.*

Gerade für Kinder und Jugendliche ist die Erfahrung wertvoll, daß sich eigene Anstrengungen lohnen - und Klimaschutz nicht Verzicht, sondern eigenen Vorteil bedeutet.